

Die Transatlantischen Beziehungen neu denken

Mit der Wahl Joe Bidens zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der USA für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegen eine Politik der Ausgrenzung entschieden. Die schwere Hypothek, die sein Vorgänger im Amt hinterlassen hat, wird den politischen Handlungsspielraum von Präsident Biden allerdings eingrenzen. Der Angriff von hunderten, gewaltbereiten Trump-Anhängern auf das Kapitol in Washington zeigt deren Verachtung der Demokratie und unterstreicht die massive Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft. Es wird das Vermächtnis von Trump und seiner Unterstützer sein, diese Polarisierung durch Lügen und Fehlinformationen angestachelt zu haben. Die USA braucht einen neuen gesellschaftlichen Konsens, einschließlich des Bekenntnisses zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Gewinn der Wahl durch Joe Biden und Kamala Harris und ihre Mehrheiten in beiden Kammern lässt uns dennoch aufatmen, denn **die künftige Regierung bietet für Deutschland und Europa nun die Chance eines Neustarts der transatlantischen Beziehungen**. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen dieses Momentum nutzen, um das Verhältnis zu den USA neu zu denken und neu zu gestalten.

Die Vereinigten Staaten sind weiterhin der wichtigste und engste außereuropäische Partner Deutschlands. Die USA ermöglichten Westdeutschland nach 1945 den demokratischen Neubeginn. Unsere historische Verbundenheit ist aus der besonderen Rolle der USA bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung, dem Wiederaufbau Europas, und auch der deutschen Wiedervereinigung gewachsen. Uns verbinden mit der ältesten Demokratie der Welt die gemeinsamen freiheitlichen, demokratischen Werte, das Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten ebenso wie die Marktwirtschaft als wirtschaftlicher Ordnungsrahmen. Sie alle bilden die Grundlagen einer regelbasierten, multilateralen Weltordnung, für die Deutschland, Europa und die USA gemeinsam in der Welt eintreten. Das ist in den letzten vier Jahren leider häufig in den Hintergrund getreten und teils bewusst unterminiert worden.

Nicht alle Differenzen im transatlantischen Verhältnis sind auf die Präsidentschaft Donald Trumps zurückzuführen. Die Beziehungen haben durch seine oftmals destruktive Rhetorik und seine Missachtung langjähriger Verbündeter jedoch einen Tiefpunkt erreicht. Die Abkehr vom multilateralen System der Vereinten Nationen, etwa die Kündigung des Pariser Klimavertrages und die Blockade der WTO-Streitschlichtung haben erheblichen Schaden angerichtet. Zugleich wurde autoritär und autokratisch verfassten Staaten wie der Volksrepublik China, Russland oder Staaten, die eine expansive, militärisch unterlegte Außenpolitik betreiben wie die Türkei die Möglichkeit gegeben, das machtpolitische Vakuum zu füllen, das die amerikanische Politik in verschiedenen Regionen der Welt hinterlassen hat. Doch schon unter Präsident Barack Obama wurden grundsätzliche Veränderungen in den transatlantischen Beziehungen sichtbar, wie u.a. die Diskussion über die Lastenteilung in der NATO, die stärkere Hinwendung der USA zum asiatisch-pazifischen Raum, die Verhandlungspause zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft oder gar – unter Präsident George W. Bush – der Irakkrieg gezeigt haben.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es jetzt umso wichtiger, gemeinsam mit der künftigen US-Regierung die Weichen für die Zukunft neu zu stellen und die transatlantischen Beziehungen proaktiv zu gestalten. In Deutschland und Europa wie auch in den USA kämpfen wir mit den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie, die uns vor die größte Herausforderung seit

dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellt. International müssen wir der Klimakrise entschieden entgegenzutreten, die globale Armut und die strukturelle Ungleichheit im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bekämpfen, die multilateralen Institutionen stärken, unsere Anstrengungen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle als Teil unserer Friedenspolitik intensivieren und die globalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auf ein stabiles und nachhaltiges Fundament stellen. Denn nur gemeinsam können wir die internationale Ordnung entlang unserer gemeinsamen Werte gestalten und uns im Systemwettbewerb zwischen dem Modell eines demokratischen Rechtsstaats mit freier und sozialer Marktwirtschaft und dem chinesischen Modell eines autoritären Staatskapitalismus behaupten. **In diesem Sinne streben wir mit der neuen US-Regierung eine transatlantische Partnerschaft auf Augenhöhe an und wollen auch bei unterschiedlichen Positionen zu einem respektvollen, konstruktiven und vorausschauenden Dialog zurückkehren.**

Die transatlantischen Beziehungen stützen sich nicht nur auf gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen, sondern sie haben seit jeher vom gegenseitigen gesellschaftlichen und kulturellen Verständnis und den vielfältigen Netzwerken zwischen den Kontinenten profitiert. Es gilt, diese Netzwerke mit neuem Leben zu füllen, um jenseits der offiziellen Kanäle ein solides Fundament für das transatlantische Verhältnis zu bauen, auf dem das gegenseitige Verständnis wachsen und Antworten für gemeinsame gesellschaftliche Fragen diesseits und jenseits des Atlantiks gefunden werden können. Wir sollten Gesprächskanäle nicht nur zu unseren bisherigen Partnern weiterentwickeln, sondern noch stärker versuchen, mit Dialogangeboten in die Breite der US-amerikanischen Gesellschaft hineinzuwirken.

Gleichwohl haben sich die USA und auch Europa gewandelt. In den USA ist die Kluft zwischen den innenpolitischen Anforderungen auf der einen und den außenpolitischen Herausforderungen auf der anderen Seite immer größer geworden. Die tiefe gesellschaftliche Spaltung und das ausgeprägte politische Lagerdenken erschweren Mehrheiten und Kompromisse. Rechtsextremistische, nationalistische und rassistische Strömungen haben in den USA und in Europa die Parameter der gesellschaftlichen Debatten nach rechts verschoben und den Druck auf unsere Demokratien erhöht. Hier wie dort legt die Pandemie die sozialen Konflikte und die Defizite unserer Gesellschaften schonungslos offen. Mit schwerem Gepäck zieht die Administration Biden am 20. Januar 2021 in das Weiße Haus ein. Und auch wir Europäer haben gewichtige Herausforderungen zu bewältigen.

Eine starke EU als Grundpfeiler der transatlantischen Beziehungen

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen nimmt Europa nicht aus der Pflicht, innerhalb der eigenen Grenzen enger zusammenzurücken und mehr Verantwortung für sich selbst, aber auch in der Welt zu übernehmen. Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Herausforderungen in den USA gepaart mit den Ambitionen Chinas und dem schwierigen Verhältnis zu Russland wollen wir Europas Selbstbehauptung und Souveränität nach außen und nach innen stärken. Zur Überwindung der globalen Herausforderungen ist ein proaktives und souveränes Europa essenziell. **Nur gemeinsam können wir Europäerinnen und Europäer gegenüber den USA glaubwürdig als Partner auf Augenhöhe agieren** und sicherstellen, dass unsere Politik auch über die kommende US-Regierung hinaus Bestand hat. Dafür müssen wir die Vertiefung, die Einigkeit und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union weiter voranbringen. Die Schritte, die wir im koordinierten wirtschaftspolitischen Vorgehen beim Wiederaufbaufond erreicht haben und die als Keimzelle für die Entwicklung einer Fiskalunion gesehen werden können, müssen wir auch in anderen Feldern, allen voran in der Außen- und Verteidigungspolitik, gehen. **Denn nur so können wir als gleichwertiger Partner im Schulterschluss mit den USA den dringenden Zukunftsaufgaben gerecht werden.** Wir müssen unsere unterschiedlichen Interessen ehrlich formulieren, um Schnittmengen auszuloten und die internationale Agenda gemeinsam und arbeitsteilig erfolgreich gestalten zu können.

Vor uns liegt ein Zeitfenster der Chancen und Herausforderungen. Bei der Bewältigung der Pandemie, im Kampf gegen die Klimakrise, bei der fairen und nachhaltigen Gestaltung der globalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, in der Außen- und Sicherheitspolitik, in den Beziehungen zu China, Russland oder dem Iran und auch im gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausch und in der Digitalisierung wollen wir gemeinsam mit den USA neue Akzente setzen. Der Aufstieg und die Ambitionen Chinas als zentraler globaler Akteur benötigen eine Neujustierung des globalen Handelns. Ohne China ist die Gestaltung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum umsetzbar. Im sich verschärfenden Hegemonialkonflikt zwischen den USA und China muss ein starkes und souveränes Europa Ausgangspunkt unseres Handelns sein. Dabei eint uns mit der künftigen US-Regierung die Überzeugung, dass wir den großen Herausforderungen unserer Zeit nur gemeinsam und durch die Stärkung multilateraler Institutionen und Regeln begegnen können.

Demokratien stehen weltweit unter großem Druck. Während viele Diktatoren und Autokraten seit langer Zeit fest im Sattel sitzen, gab es in den letzten Jahren auch in etablierten Demokratien Rückschritte zu beklagen - etwa durch Einschränkungen bei Bürgerrechten und politischen Freiheiten. Die Amerika-First-Politik von Donald Trump und seine Nähe zu autokratischen Herrschern wirkten wie ein Katalysator für den globalen Rückzug der Demokratie.

Mit Joe Biden wird sich die USA wieder als ein globaler Vorkämpfer für mehr Demokratie auf der Weltbühne zurückmelden. Als Kernstück der US-Engagements hat der neue Präsident bereits einen globalen Demokratiepfeiler für das erste Jahr seiner Amtszeit angekündigt, auf dem drei Themenfelder der Zusammenarbeit im Vordergrund stehen werden: der Kampf gegen Korruption, die Verteidigung gegen den Autoritarismus und die Stärkung von Menschenrechten daheim und in der Welt. Konkret hat er beispielsweise angekündigt, international verstärkt gegen illegale Steueroasen vorzugehen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar, wir müssen den Rückgang der Demokratie umkehren - und dabei eng mit den USA und anderen demokratischen Staaten zusammenarbeiten.

Die Pandemie bekämpfen und die globale Gesundheitspolitik langfristig stärken

Die Corona-Krise hat global zu großen sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen geführt und uns die Verwundbarkeit, Schwachstellen und bestehende sozialen Spannungen in unseren Gesellschaften noch sichtbarer gemacht. Nur durch das aktive Eingreifen der Regierungen in Europa und den USA in Form von Konjunkturpaketen konnte der trotz allem hohe volkswirtschaftliche Schaden abgemildert werden. Funktionierende soziale Sicherungssysteme und Instrumente staatlichen Handelns wie etwa das Kurzarbeitergeld oder Kompensationszahlungen waren und sind entscheidend, um die schlimmsten Folgen für unsere Bevölkerungen abzufedern.

Die Bekämpfung der COVID-19 Pandemie hat für uns innen- wie auch außenpolitisch Priorität. Denn sie hat nicht nur in Europa und den USA dramatische Konsequenzen verursacht, sondern legt auch die enge Vernetzung und die Verwundbarkeit unserer Welt offen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gemeinsam mit den USA und im Rahmen der G7/G20 weltweit die Bereitstellung und gerechte Verteilung von Medizinprodukten, Medikamenten und Impfstoffen mit Nachdruck unterstützen. Wir müssen der akuten Krisensituation entgegentreten und vor allem den Ländern mit schwachen Gesundheitssystemen, Staaten in Konfliktregionen und Menschen in humanitären Notsituationen helfen. **Wir können den Kampf gegen die Pandemie nur gewinnen, wenn wir ihr global Einhalt gebieten.** Die künftigen Impfstoffe betrachten wir als globale öffentliche Güter. Deutschland hat sich im Rahmen der G7/G20 sowie im Rahmen der Allianz für Multilateralismus in den vergangenen Jahren eine Führungsrolle in der internationalen Gesundheitspolitik erarbeitet und auch seine finanziellen Ressourcen für bi- und multinationale Ansätze beträchtlich ausgeweitet. Wir begrüßen ausdrücklich, dass Präsident Biden durch den angekündigten Wiedereintritt in die WHO auch die Rückkehr der USA zur internationalen Kooperation in Gesundheitsfragen einläutet. Dies muss sich auch in der anstehenden globalen Impfstoffverteilung gegen das Coronavirus und Initiativen wie COVAX und Gavi zeigen. Es braucht eine starke und unabhängige internationale Autorität in

Gesundheitsfragen. **Mit einer Reform der globalen Gesundheitsarchitektur können Europa und die USA ihrem Anspruch als wohlwollende Gestalter der internationalen Ordnung Ausdruck verleihen.**

Den sozial-ökologischen Umbau gestalten und der Klimakrise entgegenzutreten

Obgleich die Corona-Krise den Alltag und auch das politische Handeln in weiten Teilen bestimmt, liegt es an uns, auch der größten Krise unserer Zeit – der Klimakrise – entschieden entgegen zu treten. Denn die Klimakrise bedroht nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit, sondern in vielen Ländern auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Leben, Nahrung, Wasser und Gesundheit. Die verheerenden Waldbrände, Hitzewellen und (Wirbel-) Stürme sowie deren massive wirtschaftliche Schäden auch in den USA und Europa, sind im Bewusstsein vieler Menschen angekommen und machen die Folgen der Klimakrise längst greifbar.

Gerade angesichts der enormen Summen, die für den Wiederaufbau unser Volkswirtschaften im Zuge der Corona-Pandemie mobilisiert werden, müssen wir mit Blick auf die Zukunft jetzt die Weichen richtig stellen: Nicht die Rückkehr zum Status quo ante, sondern **ein nachhaltiger, emissionsarmer, sozial gerechter, solidarischer und klimafreundlicher Neustart von Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft ist das Gebot der Stunde.** Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen daher die Stoßrichtung des Wiederaufbaus auf beiden Seiten des Atlantiks, wie sie im Build-Back-Better-Plan der designierten Biden-Regierung sowie dem „European Green Deal“ und dem Aufbauplan „Next Generation EU“ vorgegeben ist: **Nur eine sozial gerechte und ökologische nachhaltige Transformation unserer Volkswirtschaften kann langfristig Wohlstand und Arbeit schaffen und unsere Umwelt und kommende Generationen schützen.**

Die Klimakrise erfordert ein schnelles Handeln auf verschiedenen Ebenen. Die Ankündigung der designierten US-Regierung, dem Pariser Klimaabkommen wieder beizutreten, bietet die große Chance, der Klimakrise gemeinsam durch konzentrierte multilaterale Politik zu begegnen. Es ist ein wichtiges Zeichen, dass John Kerry, der ehemalige Außenminister und langjährige Verfechter multilateraler Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels, die Rolle des neu geschaffenen Klimabeauftragten einnimmt. Die Klimaverhandlungen im Rahmen der COP 26 im November 2021 werden entscheidend dazu beitragen, ob wir entgegen des bisherigen Trends weltweit eine ambitionierte Dynamik zur Reduktion der CO₂-Emissionen in Gang setzen können. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, durch entschiedenes Handeln die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und konkrete Schritte zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes zu benennen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu verwirklichen und das dauerhafte Überschreiten der planetarischen Grenzen zu vermeiden. **Deutschland, Europa und die USA müssen eine Vorreiterrolle beim Kampf gegen die Klimakrise einnehmen und der Dekarbonisierung der Industriegesellschaften global den Weg ebnen.** Um angesichts der hohen Investitionskosten zum Umbau der verschiedenen Wirtschaftssektoren die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sollten wir multilaterale Lösungen zur Beschränkung des CO₂-Ausstoßes anstreben. Sollten diese nicht schnell genug umsetzbar sein, sollten wir gemeinsam mit den USA an der Einführung eines Grenzsteuerausgleichs auf CO₂-intensive Importe („Carbon Border Tax“) arbeiten, idealerweise im Rahmen des Regelwerks der WTO oder durch dessen Weiterentwicklung.

Den USA, als zweitgrößter Emittent hinter China, und Deutschland als sechstgrößter Verursacher von Treibhausgasen, kommen beim Kampf gegen die Klimakrise eine besondere Verantwortung zu. Europa und die USA müssen daher auch international solidarisch sein und die unter dem Pariser Klimaabkommen beschlossene jährliche Mobilisierung von mindestens 100 Milliarden US-Dollar für den Green Climate Fund ab 2020 unterstützen, den VN-Anpassungsfonds sowie andere Klimafinanzierungsinstrumente umsetzen, um daraus Maßnahmen zur Anpassung und Minderung besonders in den Ländern des Globalen Südens zu finanzieren. Hier sollten auch Spielräume für eine gemeinsame Kooperation zwischen den USA, China und Europa ausgelotet werden.

Die Herausforderung, die Übergänge von unserer aktuellen Industriegesellschaft hin zu nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen gerecht zu gestalten, müssen wir auf beiden Seiten des Atlantiks annehmen. In Schlüsselbereichen wie z.B. den Erneuerbaren Energien, grünen Technologien und nachhaltiger Mobilität wollen wir eine enge Partnerschaft mit den USA auf nationaler und auch auf Ebene der Bundesstaaten und Städte eingehen, um in einen engen Austausch zum notwendigen sozialen-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaften zu treten. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, technologische Innovationen etwa bei Energiespeichertechnologien und grüne Technologiestandards zu entwickeln, zu fördern und bereitzustellen, und dadurch international eine Vorbildrolle einzunehmen.

Unsere Handelsbeziehungen auf ein neues Fundament stellen

Die EU und die USA sind die beiden am stärksten miteinander verflochtenen Regionen der Welt. Im Jahr 2019 waren die USA der größte Abnehmer für Waren aus der EU und der zweitgrößte Exporteur von Waren in die EU. Allein die Investitionsbestände deutscher Unternehmen umfassten 522 Milliarden US-Dollar (2019). Deutsche Unternehmen sind mit ca. 700.000 Arbeitsplätzen der viertgrößte ausländische Arbeitgeber in den USA. Unsere wirtschaftliche Stärke und die enge Verflechtung mit den USA bieten die Chance, das multilaterale Handelsregime gemeinsam weiterzuentwickeln, die transatlantischen Handelsbeziehungen zu stärken und dabei auch aktuelle bilaterale Konflikte zu entschärfen.

Das internationale Handelssystem ist in den vergangenen Jahren in das Zentrum der Debatte um die Gestaltung globaler Regeln gerückt. Die fatalen Signale der Regierung Trump, sich aus multilateralen Verträgen und Institutionen zurückzuziehen, multilaterale Handelsregeln zu unterminieren, aber auch das Agieren Chinas, das in den letzten Jahren keinerlei Reformbemühungen gezeigt und sich einer vollständigen Integration in das regelbasierte Welthandelssystem verweigert hat, haben kooperative Ansätze in Frage gestellt.

Gleichzeitig muss Aspekten sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit in Handelsverträgen mehr Beachtung geschenkt werden. Sie müssen im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel und Arbeitsschutzverstöße wirkungsvoller werden, und z.B. neben verbindlichen sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Standards auch konkrete Beschwerde- und Sanktionsmechanismen beinhalten.

Für die Sozialdemokratie ist Handelspolitik zuallererst ein Instrument zur gerechten Gestaltung der Globalisierung. Den Grundsatz offener Grenzen zweifeln wir dabei nicht an. Gerade in Deutschland hängen viele qualitativ hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze vom Außenhandel ab. Handelspolitik muss aber auf fairen multilateralen Regeln basieren und alle Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Das bedeutet, die Entwicklungschancen der Handelspartner auch im globalen Süden zu wahren und menschenwürdige, gerechte und nachhaltige Bedingungen bei der Produktion und entlang von Lieferketten sowie bei der Bereitstellung von Dienstleistungen sicherzustellen.

Gemeinsam multilateral handeln

Nach den lähmenden Jahren der Trump-Administration muss es jetzt darum gehen, **die USA als Partner zurückzugewinnen und gemeinsam dem multilateralen Handelssystem neues Leben einzuhauchen.** Im Mittelpunkt muss hierbei die Welthandelsorganisation (WTO) stehen, deren Rolle als Überwachungs-, Verhandlungs- und Streitschlichtungsinstanz gestärkt und ausgebaut werden muss. Baustellen und Reformstau sind immens. Aber mit einem Anteil von einem Drittel am Welthandel, 60 Prozent aller Direktinvestitionen und einem Drittel aller Patentanmeldungen haben die EU und die USA zusammen das nötige Gewicht, um eine neue multilaterale Dynamik in Gang zu setzen.

In enger Zusammenarbeit mit den USA wollen wir daher: **Erstens**, das WTO-Regelwerk im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes weiterentwickeln und an die Herausforderungen des elektronischen Handels anpassen. **Zweitens**, die Blockade bei der Ernennung der Richter der Berufungsinstanz lösen und die WTO als Ort der Streitschlichtung stärken. **Drittens**, die Vollendung der Doha-Entwicklungsrunde vorantreiben und dabei von Seiten der EU Brücken zwischen den USA, China und Indien bauen. **Viertens**, die globalen Handelsregeln auch über plurilaterale Abkommen unter dem Dach der WTO weiterentwickeln und dabei die

Bereiche Menschenrechte, Klima- und Umweltpolitik und Arbeitsbedingungen stärken. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind offen für amerikanische Reformbestrebungen wie etwa bei prozeduralen Verfahren der WTO. **Darüber hinaus ist für Europa ein abgestimmtes Handeln mit den USA auf höchster Ebene gegenüber China ein wichtiger Schritt, um marktverzerrenden Subventionen vorzubeugen, einen normenbasierten Umgang mit staatlichen Unternehmen sowie Regeln der Fairness und positiven Reziprozität einzufordern und gemeinsam durchzusetzen.** So sollte u.a. die Wiederaufnahme der 2014 im Rahmen der WTO begonnenen plurilateralen Verhandlungen zu einer weitgehenden Liberalisierung des Handels umweltrelevanter Güter, sog. Green oder Environmental Goods, die vor allem an Chinas fehlender Kompromissbereitschaft scheiterte, von den USA und der EU gemeinsam vorangetrieben werden.

Wirtschaftliche Konflikte entschärfen

Bestehende wirtschaftliche Konflikte in den transatlantischen Beziehungen, wie sie bei den Zöllen auf Stahl und Aluminium, den existierenden Strafzöllen und den von den USA angedrohten Zöllen auf europäische Autos bestehen, wollen wir im konstruktiven Dialog mit der künftigen Regierung Biden lösen. Dies gilt auch für Debatten hinsichtlich der Defizite und Überschüsse in der Leistungsbilanz, die wir ganzheitlich und nicht nur mit einseitigem Fokus auf Waren und Produkte, sondern z.B. auch mit Blick auf Dienstleistungen und Kapitalerträge führen wollen.

Extraterritoriale Sanktionen zur Durchsetzung ökonomischer oder politischer Interessen gegen bewährte Partner lehnen wir hingegen strikt ab. Um unsere Resilienz gegenüber extraterritorialen Sanktionen zu stärken, muss Europa robuste und innovative Instrumente entwickeln, die europäische oder in Europa agierende Unternehmen, Organisationen und Individuen vor nach europäischem Recht ungerechtfertigten Sanktionen von Drittstaaten schützen. Hierbei sollte über rechtliche und praktische Lösungen und Instrumente, die beispielsweise finanziellen und/oder juristischen Beistand sicherstellen, diskutiert werden.

Digitalisierung stärken, Data Governance regeln und Digitalkonzerne besteuern

Digitalisierung und Technologisierung werden mehr und mehr zur Grundlage von Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die digitale Souveränität Europas zurückgewinnen, erhalten und langfristig ausbauen. Insbesondere der Schutz digitaler Systeme und Infrastrukturen sind für die deutsche und europäische (Cyber-)Sicherheit von großer Bedeutung.

Um die Abhängigkeit von den marktdominierenden außereuropäischen Tech-Konzernen z.B. bei Daten- und Netzinfrastrukturen zu reduzieren und einen menschenzentrierten, wertebasierten Ansatz umsetzen zu können, muss ein wirtschaftlich und digital souveränes Europa seine technologischen und digitalen Kompetenzen konsequent ausbauen. Hierzu gehören der für 2021 angekündigte EU Data Governance Act und Projekte wie GAIA X für eine DSGVO konforme Cloudinfrastruktur und Interoperabilität. Beides sind wichtige Meilensteine für mehr Unabhängigkeit und Sicherheit. Gleichzeitig ergeben sich durch die Entwicklung neuer Technologien wie Quantenrechner, Künstlicher Intelligenz, Weltraumforschung oder dem Ausbau von 5G-Mobilfunknetzen neue Möglichkeiten der Kooperation, von denen Europa und die USA profitieren können.

Die Verknüpfung von großen Datenmengen aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen birgt großes Innovationspotenzial und verspricht technologische Neuerungen. Immer deutlicher wird aber auch, dass Politik den konzerngemachten Spielregeln einen globalen Ordnungsrahmen entgegenstellen muss. Die Monopolstellungen und die Dominanz einiger marktbeherrschender Internetunternehmen sehen wir kritisch. Wir unterstützen deshalb Forderungen nach wettbewerbsrechtlichen Überprüfungen, wie sie beiderseits des Atlantiks geäußert werden. Um den Risiken der Digitalisierung entgegenzutreten, müssen wir **die digitalpolitische Normensetzung stärken und Monopolstrukturen aufbrechen.** Die EU nimmt mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), den Novellen des europäischen Wettbewerbsrechts und ihren Weißbüchern zu KI- und Data Governance inzwischen eine internationale Vorreiterrolle ein. Mit dem California Consumer Privacy Act (CCPA) hat Anfang 2020 der erste US-Bundesstaat mit einer strengen

Datenschutzverordnung nachgezogen. **Die EU und die USA sollten sich im multilateralen Rahmen gemeinsam für einen ambitionierten internationalen Data Act einsetzen**, der persönliche und kollektive Datenschutzrechte festschreibt und Standards für gemeinwohlorientiertes Datenteilen und globale Interoperabilität etabliert.

Steuervermeidung entgegentreten

Darüber hinaus wollen wir im Rahmen des Inclusive Framework der OECD zu einer Einigung über eine Reform des internationalen Steuersystems kommen. **Insbesondere im Hinblick auf die Steuervermeidungspraktiken von multinationalen Konzernen besteht dringender Handlungsbedarf.** Sowohl die globale Umverteilung von Besteuerungsrechten wie auch eine globale Mindestbesteuerung, um dem internationalen Niedrigsteuerwettbewerb entgegen zu wirken, sind für uns essentielle Bestandteile für eine Übereinkunft. Im Juni 2020 haben sich die USA unter Bezugnahme auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen aus den Verhandlungen zur Umverteilung von Besteuerungsrechten zurückgezogen. Die neue US-Regierung sollte nun wieder in die Verhandlungen einsteigen und eine gemeinsame multilaterale Lösung ermöglichen. Sollte es keine multilateralen Fortschritte geben, müssen wir als EU vorangehen und über eine EU-weite Steuer die Digitalkonzerne an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen.

Für eine Erneuerung der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft

Der Wahlsieg von Joe Biden zum neuen US-Präsidenten eröffnet auch Möglichkeiten für eine Erneuerung der globalen Friedens- und Sicherheitspolitik. Wir setzen uns für eine transatlantische Sicherheitspolitik ein, die unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere offenen, pluralistischen Gesellschaften vor globalen und transnationalen Bedrohungen schützt und eine friedliche, selbstbestimmte Entwicklung fördert.

Wir sind davon überzeugt: Sicherheit ist nicht teilbar. Solange unsere Nachbarn in Unsicherheit leben, werden auch wir nicht sicher sein. Das ist der Kern unserer umfassenden, kooperativen Sicherheitspolitik, die an den Ursachen von Gewalt und Konflikten ansetzt und die Kriege als Mittel der Politik verhindern will. Probleme können niemals allein militärisch gelöst werden. Eine kluge und nachhaltige Außen- und Sicherheitspolitik denkt die unterschiedlichen Ansätze und Mittel zusammen und setzt sie gemeinsam um: Diplomatie, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie Wirtschaftssanktionen und – als ultima ratio – auch mandatierte militärische Einsätze.

Strategische Neujustierung für die transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik

Für eine Neujustierung der transatlantischen Außen- und Sicherheitspolitik müssen wir zunächst auf höchster politischer Ebene zu einem gemeinsamen und umfänglichen Verständnis unserer sicherheitspolitischen Lage und Interessen kommen. Je mehr Übereinstimmungen wir mit den USA erzielen und je klarer unsere Rollenaufteilung und Ansätze sind, desto wirksamer wird unsere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Zukunft aussehen. **Eine enge Abstimmung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zwischen Deutschland und Europa auf der einen und den USA auf der anderen Seite ist daher zentral.** Ein demokratischer Rückhalt ist wichtig, um mutige sicherheits- und verteidigungspolitische Entscheidungen voranzubringen und so die transatlantischen Beziehungen mit neuen Impulsen für die Zukunft stark zu machen.

Wir sind uns bewusst, dass auch die künftige US-Regierung den Fokus ihrer Außen- und Sicherheitspolitik verstärkt vom Nahen Osten und Europa in den asiatisch-pazifischen Raum verlegen wird, um insbesondere China zu begegnen. Als Europäerinnen und Europäer müssen wir mehr Eigenverantwortung für unsere Sicherheit und die Stabilität insbesondere in unserer Nachbarschaft übernehmen.

Ja zur NATO, ja zur Bündnisverteidigung

Für uns ist klar: Die NATO bietet für die Landesverteidigung auch künftig den Rahmen für die sicherheitspolitische transatlantische Zusammenarbeit. Dabei geht es primär um den Schutz unseres Bündnisgebietes gegen gewaltsame Interventionen von außen. Eine solche Sicherheit können wir am besten im solidarischen Verbund gewährleisten.

Wir haben die letzten Jahre genutzt, um die Verantwortung Europas – auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – zu stärken. Als Europäer müssen wir diesen Weg der Lastenteilung konsequent weitergehen, um an einem starken und souveränen Europa in der NATO zu bauen. Das ist angesichts der vielen Krisen in unserer Nachbarschaft dringend nötig.

Wir haben als NATO-Partner gerade in Afghanistan viel investiert und Solidarität gezeigt. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, wie wir die mühsam erreichten Errungenschaften für die Bevölkerung absichern können. Eine Truppenreduzierung in Afghanistan muss aus unserer Sicht an klare Bedingungen geknüpft werden, um den Friedensprozess nicht zu gefährden. Das sind wir der afghanischen Gesellschaft schuldig, für die es kein Rückfall in Krieg, Chaos und noch mehr Gewalt geben darf.

Der von Außenminister Heiko Maas initiierte NATO-Reflexionsprozess hat das Ziel, die politische Dimension der Allianz zu stärken. Der Bericht und seine Empfehlungen ermöglichen es uns, an der weiteren Stärkung der Allianz zu arbeiten, einschließlich ihrer Rolle als zentrale transatlantische Plattform zur Abstimmung unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die europäische Souveränität ist über die letzten Jahre gewachsen. Wir Europäer fragen nicht mehr nur, was Amerika für uns tun kann, sondern was wir selbst tun sollten, um unsere eigene Sicherheit zu stärken und die transatlantische Partnerschaft ausgewogener zu gestalten.

Unser gemeinsames Ziel ist es zu gewährleisten, dass die NATO gewappnet bleibt für gegenwärtige und künftige sicherheitspolitische Herausforderungen. Das Verhalten aller NATO-Partner sollte auf Kooperation abzielen, statt Konflikte zu schüren, die gegenseitiges Vertrauen beschädigen.

In diesem Sinne schließen wir uns den Empfehlungen der Reflexionsgruppe an, das Strategische Konzept der NATO von 2010 zu aktualisieren, das Bekenntnis zu den Werten und Prinzipien des Washingtoner Vertrags zu erneuern und das transatlantische Verhältnis wiederzubeleben.

Wir müssen auch mit Blick auf die Rolle Chinas, das immer mehr als globaler militärischer Akteur in Erscheinung tritt, einen gemeinsamen Kurs finden. In unserem Verhältnis zu China liegen Chancen, die wir nutzen, und Herausforderungen, auf die wir uns einstellen müssen. National haben wir bereits mit den Indo-Pazifik-Leitlinien einen Beitrag dazu geleistet, auf EU-Ebene haben die Planungen für eine Indo-Pazifik-Strategie ebenfalls begonnen. Die Allianz braucht einen umfassenden Ansatz gegenüber China als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Deshalb darf es keine Abwendung geben ("no decoupling"), wie es die Trump-Administration propagierte, oder eine einseitige Fokussierung auf die Bedrohungspotentiale durch China. Für uns bleibt der Dialog über Systemgrenzen hinweg und unter Wahrung universeller Werte ein wesentliches Element der China-Politik.

Institutionen der kooperativen Sicherheit stärken

Unsere transatlantische sicherheitspolitische Partnerschaft soll nicht auf die Verteidigung des Bündnisgebietes beschränkt sein. Europäische und transatlantische Sicherheit basiert auch auf Dialog-, Kompromiss- und Kooperationsfähigkeit. Für diesen umfassenden Ansatz sind Organisationen wie die Vereinten Nationen (VN) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unverzichtbar. Sie stehen besonders für kooperative Sicherheit, damit gemeinsame Normen die Grundlage für politisches Handeln sind. Sie zu stärken ist Aufgabe aller Mitgliedsstaaten. Die Pariser Charta von 1990 als Magna Charta der europäischen und transatlantischen Sicherheit spricht von der unteilbaren Sicherheit im OSZE-Raum. Dieses Verständnis sollte weiterhin die Grundlage für die Erreichung einer stabilen europäischen Sicherheitsordnung sein.

Wir halten das politische und diplomatische Engagement im Rahmen der beiden Organisationen für entscheidend und damit verbunden deren Ressourcenausstattung, ganz konkret: die Finanzierung der Organisationen und die Umsetzung ihrer friedenspolitischen Mandate. Nicht nur die USA haben in der Vergangenheit einerseits die Handlungsfähigkeit dieser Institutionen über die schmalen und oft auch mit großer

Verspätung entrichteten Pflichtbeiträge klein gehalten und andererseits versucht über freiwillige zusätzliche Beiträge deren Agenda indirekt zu bestimmen. Dabei wären leistungsfähige und neutrale Institutionen der kollektiven Sicherheit gerade angesichts der derzeitigen Herausforderungen mit regionalen Krisen und Spannungen ebenso wie solchen zwischen den Großmächten USA und China von höchstem Interesse für den Westen.

Abrüstungs- und Rüstungskontrolle auf die Tagesordnung setzen

Eine wieder verstärkte transatlantische Zusammenarbeit muss Hand in Hand gehen mit einer Wiederaufnahme der Anstrengungen zur Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik. Wir Europäer sind durch die Verletzung und Aufkündigung des INF-Vertrags direkt bedroht und müssen unsere Position daher entschlossen gemeinsam vertreten. Zudem bedarf es einer umgehenden Verlängerung des New-Start-Vertrags zur Abrüstung strategischer Kernwaffen und die Rückkehr aller Akteure zum Open-Skies-Vertrag. Hierfür brauchen wir endlich ernsthafte Gespräche zwischen Washington und Moskau. Wir brauchen deshalb dringend Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle, wie sie der deutsche Außenminister bereits im Rahmen der Stockholm-Initiative unternommen hat. Dabei müssen wir langfristig darauf abzielen, auch China und Indien in die Rüstungskontrollarchitektur einzubinden.

Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) steht schon seit Jahrzehnten unter großem Druck. Wir sind davon überzeugt, dass wir nukleare Schwellenstaaten von dem Bau eigener Nuklearwaffen nur dann dauerhaft abhalten können, wenn zwischen den Großmächten kein neues nukleares Wettrüsten mit neuen Waffengattungen einsetzt. Deshalb müssen Nuklearwaffenstaaten ihrer Verantwortung für nukleare Abrüstungsschritte, wie die Stockholm-Initiative sie fordert, gerecht werden. Wir sind mit einer neuen nuklearen Ordnung konfrontiert, die weit komplexer, unübersichtlicher und vor allem gefährlicher ist als das relative „Gleichgewicht des Schreckens“. Die überkommenen Abschreckungskategorien des Kalten Krieges greifen nicht mehr.

Geopolitischen Spannungen entgegentreten

Aus deutscher und europäischer Perspektive sehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dringenden gemeinsamen Handlungsbedarf mit den USA im Hinblick auf die Beziehungen zu China, Russland und dem Iran. Die vergangenen Jahre waren von einem transatlantischen Dissens bezüglich dieser Herausforderungen geprägt, von dem letztlich autokratische Regime weltweit profitierten. In den kommenden Jahren sollten wir uns darauf konzentrieren, Angriffen auf unsere regelbasierte und freiheitliche internationale Ordnung gemeinsam und entschlossen entgegenzutreten. Nur wenn wir den aktuellen geopolitischen Spannungsherden koordiniert entgegentreten, können wir die regelbasierte und freiheitliche internationale Ordnung stärken.

China in die regelbasierte Weltordnung einbinden

Eine vielfach heraufbeschworene neue Blockkonfrontation zwischen den USA und China ist nicht unser Interesse. Eine reine Eindämmungsstrategie erscheint angesichts der immensen globalen wirtschaftlichen Verflechtung, auch und gerade mit China, kein geeigneter Ansatz. Vielmehr gilt es, weiterhin die Elemente der Partnerschaft, des Wettbewerbs und der systemischen Rivalität in den Beziehungen zu China adäquat auszubalancieren. Die jeweilige Gewichtung dieser Elemente wird zentraler Diskussionsgegenstand im transatlantischen Verhältnis bleiben. Prinzipiell gilt die Zielvorstellung eines geeinten Europas, das seine Interessen global effektiv vertritt und einseitige Abhängigkeiten vermeidet. Eine weitere Stärkung der wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten Europas ist Voraussetzung dafür.

Um die multilaterale Ordnung aufrechtzuerhalten und zu stärken, gilt es China dazu zu bewegen, völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und mehr Verantwortung für eine regelbasierte Zusammenarbeit zu übernehmen. Mit einem Rückgewinn der USA als Stütze internationaler Ordnung müssen Grundsätze der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte gemeinsam betont und Versuchen Chinas, diese infrage zu stellen, vehement entgegengetreten werden. Wir sollten China gemeinsam auffordern, sich aktiv an multilateraler Rüstungskontrolle zu beteiligen und eine nachhaltigere und transparentere Entwicklungsfinanzierung zu betreiben. Europa und die USA sollten darauf drängen, dass sich Chinas

Sonder- und Differenzialbehandlung in der WTO an den Entwicklungsstand des Landes anpasst und sich das Land aktiver an der Reformdiskussion über die WTO beteiligt.

Russland in Konfliktlösungen und Abrüstungskontrolle einbeziehen

Für die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu den USA war Russland stets ein Thema, bei dem Washington trotz aller Skepsis die politische Erfahrung Berlins im Umgang mit Moskau geschätzt hat. Die Beziehungen zu Russland sind immer wieder geprägt von Rückschlägen. Ob die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine, die Einmischungen in Wahlen und demokratische Prozesse in der EU und den USA oder die Anwendung des international geächteten chemischen Kampfstoffes Nowitschok zur Ausschaltung innenpolitischer Gegner: Russland bricht regelmäßig internationales Recht und belastet damit die Beziehungen zu seinen Nachbarn.

Doch ungeachtet dessen ist es im Interesse Deutschlands und der EU gemeinsam mit den USA daran zu arbeiten, die Beziehungen zu Russland nicht weiter eskalieren zu lassen, sondern dahingehend zu entwickeln, dass eine Kooperation in konkreten politischen Fragen möglich wird. Zu viele internationale Konflikte wie etwa im Iran, Syrien oder östlichen Nachbarschaft Europas sind ohne Russland nicht lösbar. Höchste Priorität dabei hat für uns der Frieden in Europa. Fortschritte auf diesen Wegen zu erreichen ist nur durch Gespräche und verbindliche Vereinbarungen erreichbar – basierend auf einer festen Grundlage militärischer Verteidigungsfähigkeit und wirtschaftlicher Sanktionsmechanismen. Gerade letztere werden unter einer neuen US-Regierung ein wichtiges Instrument darstellen. Die Diskussion um Nord Stream 2 stellt uns vor eine schwierige Herausforderung. Um unsere eigenen Interessen nicht zu kompromittieren, müssen wir in der EU Abwehrmechanismen gegen extraterritoriale Sanktionen entwickeln. Das Energieinfrastrukturprojekt Nord Stream 2 bleibt für die deutsche und europäische Energieversorgungssicherheit und als Brückentechnologie auf dem Weg hin zu einer CO₂-neutralen Energiegewinnung unerlässlich. Die nunmehr von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns zu errichtende „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ dient auch dem Ziel dieses bedeutende Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Gleichzeitig gilt es, den legitimen Interessen unserer Partner durch eine enge und frühzeitige Abstimmung in Zukunft besser gerecht zu werden. In Anerkennung der zunehmenden Bedeutung Asiens für die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet dies auch ein verstärktes Engagement der EU-Mitgliedsstaaten für die Sicherheit in Europa und seiner Nachbarschaft. Dies meint auch verstärkte Bemühungen zur Rüstungskontrolle auf dem europäischen Kontinent, die ohne Russland und die USA nicht zu gestalten sind.

Das Atomabkommen mit dem Iran wiederbeleben und weiterentwickeln

Joe Biden hat im Wahlkampf die Rückkehr der USA zum Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) in Aussicht gestellt. Dies ist eine Absage an Trumps gescheiterter Politik des maximalen Drucks. Zwar kann angenommen werden, dass Iran trotz widersprüchlicher Rhetorik grundsätzlich die Rückkehr an den Verhandlungstisch befürwortet. Allerdings ist die Lage keineswegs vergleichbar mit 2015, als das erste Abkommen geschlossen wurde. Auf iranischer Seite ist das Vertrauen in Verhandlungslösungen gering, die moderaten Kräfte sind durch das Ausbleiben von wirtschaftlichen Erfolgen durch das JCPOA diskreditiert. Die regionale Sicherheitslage hat sich nicht entspannt, sondern in großen Teilen auch verschlechtert, so z.B. zwischen einem Teil der Golfstaaten und Iran. Gleichzeitig hat sich der Iran in den letzten vier Jahren wirtschaftlich wie politisch stark an China und Russland angenähert.

Europa fällt bei der Deeskalation und der Vorbereitung eines neuen Nuklearabkommens (JCPOA plus) eine entscheidende Mittlerrolle zu. Dabei sollte insbesondere Deutschland im Kreise der E3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) eine proaktive Führungsrolle ergreifen. Es gilt, durch vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den USA und dem Iran den Boden für neue Verhandlungen zu bereiten. Konkret hieße das, die USA möglichst bald zu spürbaren Sanktionserleichterungen zu bewegen, wenn der Iran im Gegenzug zu den Bestimmungen des JCPOA zurückkehrt und insbesondere die Urananreicherung nachprüfbar in den vom JCPOA vorgesehenen Rahmen zurückführt. Für das Frühjahr 2021 sollte zunächst ein Interimsabkommen angestrebt werden. Ein danach anzustrebendes neues umfassendes Abkommen sollte dann neben dem Nukleardossier auch die Bereiche Raketenrüstung und regionale Sicherheit umfassen.

Den transatlantischen Austausch zwischen unseren Gesellschaften und Kulturen stärken

Den breiten gesellschaftlichen und kulturellen Austausch über klassische Kanäle hinweg wollen wir stärken. Mit den Instrumenten der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sollten wir die „cultural diplomacy“ zwischen den Kontinenten ausbauen. Touristische Reisen, Städtepartnerschaften, internationale Schulpartnerschaften, die internationale Mobilität von Auszubildenden, Studierenden und Promovierenden, und weitere wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und politische Austauschforen sowie und parlamentarische Begegnungen auf allen Ebenen leisten einen wichtigen Beitrag für unser wechselseitiges Verständnis.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es wichtig, aus den erfolgreichen Erfahrungen des Deutschlandjahrs „Wunderbar together“ zu lernen, die kulturelle Arbeit des Goethe-Instituts, die Arbeit der politischen Stiftungen, der Mittlerorganisationen, wie etwa dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung, der transatlantischen Organisationen und Think Tanks und den zivilgesellschaftlichen Netzwerken zu fördern. Wir müssen gerade über diese gesellschaftspolitischen Kanäle und den direkten Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern den Blick weiten und über die klassischen Themen Sicherheit, Handels- und Außenpolitik hinaus neue Impulse setzen. Wir wollen außerdem die Außenwissenschaftspolitik um den Ansatz der Science diplomacy erweitern und fortsetzen. So sind Themen wie der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Plattform-Ökonomie, Fragen gewerkschaftlicher Organisation und Chancengleichheit auch für die USA von großer Bedeutung. Der Wissensaustausch im Bereich der Forschung und Wissenschaft sollte weiter intensiviert werden. Auch die Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Religion, ethnischer oder sozialer Herkunft, wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung, oder sexueller Orientierung bleiben dies- und jenseits des Atlantiks wichtige Aufgaben. Dem sollten wir durch den Austausch und durch Fragen zu Toleranz, religiöser und kultureller Freiheit zwischen unseren Gesellschaften Rechnung tragen. Dabei müssen wir auch sicherstellen, dass die Netzwerke vielfältiger, weiblicher und weniger eliten-dominiert werden.

Schließlich gilt es, die Frage der Ausgestaltung unserer demokratischen Gesellschaften, Prozesse und Institutionen in der Kooperation mit den USA in den Fokus zu rücken. Die Blaupausen autoritärer Staaten und populistischer Führer finden in Europa und auch den USA wachsenden Zuspruch und bedrohen die Fundamente unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung. Wie wir gemeinsam darauf reagieren, wird mitentscheiden, ob sich unsere freien Gesellschaften nachhaltig weiterentwickeln werden.

Der designierte US Präsident Joe Biden hat seine Entschlossenheit angekündigt, die Werte unserer Demokratien gegen autokratische Tendenzen weltweit zu behaupten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen diese Chance ergreifen und gemeinsam mit den USA vorangehen.